

Jugendverbände in Brandenburg stellen ihre Wahlforderungen auf und lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD ab

Am vergangenen Samstag, den 29. Juni, fand die 41. Vollversammlung des Landesjugendring Brandenburg e.V. in Eberswalde statt. Die Brandenburger Jugendverbände formulierten ihre Forderungen zur Landtagswahl 2024 und bezogen Position zum Schutz vor Demokratiefeinden. Gemeinsam mit den Spitzenkandidat*innen demokratischer Parteien zur Brandenburgischen Landtagswahl diskutierten sie das Thema „Jugend im Super-Wahljahr“.

Nach den Europa- und Kommunalwahlen ist offensichtlich, dass unsere Demokratie unter Druck steht und Gefahr läuft, dass Rechtsextreme Kräfte und Gruppen an Einfluss gewinnen. Dies hat konkrete Auswirkungen auf die Jugendverbandsarbeit.

Die Jugendverbände und Stadt- und Kreisjugendringe verstehen sich als Werkstätten der Demokratie und sind deshalb unverzichtbar für eine vielfältige, jugendgerechte und demokratische Gesellschaft. Deshalb standen die Forderungen zur Landtagswahl und der Umgang mit antidemokratischen Parteien im Mittelpunkt Vollversammlung.

Appell an die Politik

Folgende Wahlforderungen zur Landtagswahl 2024 mit Blick auf Kinder- und Jugendliche in Brandenburg wurden verabschiedet:

- Räume zur freien Entfaltung, finanzielle Sicherheit, Stärkung der Beteiligungsstrukturen und eine konsequente Berücksichtigung ihrer Interessen, besonders im Klimaschutz
- Demokratische Parteien sollen sich klar gegen Feinde der Demokratie positionieren und keine Zusammenarbeit mit undemokratischen Gruppen eingehen.
- ausreichende Finanzierung der Jugendverbandslandschaft sowie eine dynamische Anpassung des Landesjugendplans und bessere Unterstützung für die Mitgliedsorganisationen.
- Ehrenamtliches Engagement soll durch Vergünstigungen und Anerkennung unterstützt werden.
- eine bessere Finanzierung und Förderung der Freiwilligendienste
- Stadt- und Kreisjugendringe benötigen ausreichende Finanzierung und Personalstellen, um junge Menschen vor Ort zu unterstützen.
- Non-formale Lernorte wie Jugendverbände sind entscheidend für die Entwicklung junger Menschen, daher sollten sie besser gefördert werden.
- Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung und nicht-deutscher Herkunft schützen und stärken
- Die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung muss konsequent umgesetzt werden

[Lesen Sie hier den ausführlichen Beschluss.](#)

Umgang mit AfD

Die Delegierten beschlossen zudem mehrheitlich, dass die Positionen, Inhalte und die Kommunikation der AfD und deren Jugendorganisation JA nicht vereinbar sind mit den Werten des Landesjugendrings. Dieser steht für Demokratie, Vielfalt und Menschenfreundlichkeit. Der LJR verpflichtet sich zu einer demokratischen, offenen und inklusiven Gesellschaft und lehnt eine Zusammenarbeit mit der AfD ab. Des Weiteren fordert der Landesjugendring die Prüfung der Einleitung eines Verbotsverfahrens der AfD und mehr Mittel für demokratische Bildung.

[Lesen Sie hier den ausführlichen Beschluss.](#)

Austausch mit Spitzenkandidat*innen

Kristy Augustin (CDU), Zyon Braun (FDP), Kurt Fischer (SPD), Benjamin Raschke (Bündnis 90/Die Grünen), Sebastian Walter (Die Linke) sowie Sven Weller (BVB/Freie Wähler) stellten in Form eines „Elevator-Pitches“ die zentralen jugendpolitischen Inhalte Ihrer Wahlprogramme vor.

Benjamin Raschke tritt für mehr Geld im Kinder- und Jugendplan an, damit Tarifierungen für hauptamtliches Personal verstetigt und ein Hauptamt pro Träger ermöglicht werden kann sowie ein 29-Euro-Ticket für Jugendliche. Sebastian Walter betonte, dass mehr für soziale Sicherheit getan werden muss, damit junge Menschen eine langfristige Planungssicherheit u.a. beim Thema Wohnen bekommen, und dass Menschen, die sich gegen Rechts stellen, geschützt werden. Dass Jugendbildung nicht nur Schule bedeutet, sondern viel stärker auch im außerschulischen Bereich stattfindet, hob Kristy Augustin hervor. Sie fordert, dass Kinder- und Jugendsport zur kommunalen Pflichtaufgabe wird. Kurt Fischer setzt sich für die Stärkung der Freiwilligendienste ein und fordert mehr Taschengeld und eine Anerkennung des Engagements bei Ausbildungszeiten. Zyon Braun will sich für mehr Transparenz der Fördermöglichkeiten von ehrenamtlichem Engagement einsetzen und Kinder- und Jugendbeteiligung flächendeckend in Brandenburg verankern. Für Sven Weller ist das Thema bezahlbarer Wohnraum wichtig sowie der verstärkte Austausch von Jugend und Kommunalpolitik.

Einig waren sich alle, dass Jugendbeteiligung ein wichtiger Schlüssel für eine gute Kinder- und Jugendpolitik ist und dass das Thema Mobilität in einem Flächenland wie Brandenburg essenziell für die Jugend ist. Die Politiker*innen wurden abschließend aufgefordert, die zentralen Faktoren in einer gemeinsamen Gleichung für gute Jugendpolitik und für ein jugendgerechtes Brandenburg zusammenzufassen:

Jugendgerechtes Brandenburg = Jugendthemen + Demokratiebildung + Armutsbekämpfung x Beteiligung + Nazis raus



Teilnehmende der LJR-Vollversammlung in Eberswalde, © Stefan Escher

Nachwahl des Vorstands und Aufnahme neuer Vereinsmitglieder

Die Delegierten des Landesjugendring Brandenburg e.V. wählten als Elternzeitvertretung für Pia Berkhoff (DGB-Jugend) Louis Leary von der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg.

Zudem wurden die Jugendpresse Berlin – Brandenburg sowie der Kreis- Kinder- und Jugendring Teltow-Fläming e.V. als neue Mitglieder in den Landesjugendring Brandenburg e.V. aufgenommen.

Gut vorbereitet für den Wahl-Herbst

Der Landesjugendring Brandenburg ist mit zahlreichen Aktionen und Projekten im Vorfeld der Landtagswahlen gut aufgestellt. „Für die bevorstehende Landtagswahl werden der Landesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen deutlich die Forderungen für ein jugendgerechtes Brandenburg in der Debatte mit der Politik vertreten“, stellt Julia Schultheiss, Vorstandsvorsitzende des LJR e.V. fest. „Uns ist es zudem wichtig, junge Menschen bei ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen und ihnen ihre wichtige Rolle als Mitgestalter von Demokratie deutlich zu machen“.

So haben die Kampagne “Schöner leben ohne Nazis”, der Wahl-o-Mat zum Aufkleben, das Projekt www.mika-mischt-uff.de und viele andere Formate zum Ziel Jugend und ihre Themen aktiv mit Politik in den Austausch zu bringen.

Wir möchten Sie als Medienvertreter*innen herzlich einladen unseren neuen Vorstand sowie unsere aktuellen Positionen zur Kinder- und Jugendpolitik kennenzulernen und würden uns über Kontaktaufnahme freuen.

>> Der Landesjugendring Brandenburg e.V. wurde 1990 als Arbeitsgemeinschaft der landesweit tätigen Jugendverbände sowie Stadt- und Kreisjugendringe gegründet. Er vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und engagiert sich in Fragen der Jugendpolitik und demokratischen Bildung sowie der Lebenssituation junger Menschen in Brandenburg. <<

Weitere Auskünfte erteilt gern: Claire Dörfer | E-Mail: claire.doerfer@ljr-brandenburg.de | Tel.: 0331 – 62075 31